

RUNDBRIEF

DES KOORDINATIONSAUSSCHUSSES FÜR DIE HERBSTAKTIONEN 15. – 22. OKTOBER 1983

Koordinationsbüro "Herbst '83"

Sternemannstr. 179
5300 Bonn 1
Tel.: 0228 / 678 231 / 32

Verf. i.S.d.P.: Bernhard Meier



Sonderkonto Herbstaktionen
J. Leinen PschAmt Köln
BLZ 370 100 50
Kto.Nr. 276 002 - 508
und Volksbank Bonn
BLZ 380 601 86
Kto. Nr. 150 1492 - 023

Liebe Freundinnen und Freunde!

Archiv
Grüne Gedächtnis
- Bibliothek -

Mit diesen Blättern haltet Ihr den ersten Rundbrief des Koordinationsausschusses (KA) für die Aktionswoche der Friedensbewegung vom 15. - 22. Oktober in den Händen. Er wurde an alle Unterzeichner des Aufrufes vom 10. 6. 1982, sowie über die Verteiler der verschiedensten Friedensorganisationen versendet: insgesamt in einer Auflage von 10. 000.

Wir wollen Euch mit diesem Rundbrief erste Informationen über die geplante Aktionswoche vom 15. – 22. Oktober 1983 geben. In Zukunft soll der Rundbrief dann regelmäßig erscheinen. Dazu benötigen wir Eure Mithilfe. Schickt uns bitte Eure Informationen, Eure Vorschläge, Eure Planungen für den Herbst, damit wir diese verarbeiten und verbreiten können.

Seit der letzten bundesweiten Aktionskonferenz am 16./17. April 1983 hat sich die politische Situation in der Bundesrepublik weiter zugespitzt. Die Frage der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles rückt immer mehr in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Auf der einen Seite ist gerade in den letzten Wochen sehr deutlich geworden, daß die Regierung wie die US-

Administration sehr fest entschlossen sind, die Stationierung der Raketen Ende 1983 zuzulassen bzw. durchzuführen. Dies ist durch den Gipfel in Williamsburg und durch die Kohl-Äußerungen in Krefeld anlässlich des Bush-Besuches noch einmal unterstrichen worden.

Auf der anderen Seite wird die Unterstützung für die Friedensbewegung immer größer, wie dies, um nur zwei Beispiele zu nennen, durch den evangelischen Kirchentag und den Naturwissenschaftler- Kongreß deutlich wurde. Die Ablehnung der Stationierung wächst: Nach neuesten Umfragen sprechen sich 72% der Bevölkerung dagegen aus. In keiner anderen Frage gibt es eine so große Diskrepanz zwischen der Haltung der Bundesregierung und der Bevölkerung.

Vor diesem Hintergrund ist es sicherlich keine falsche Prognose, zu sagen, daß es im Herbst '83 zu den größten und vielfältigsten Friedensaktionen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland kommen wird.

Dazu soll auch dieser Rundbrief beitragen. durch eine Koordination sollen die gemeinsamen Aktivitäten der Friedensbewegung noch breiter, noch vielfältiger, noch größer werden.



Was sind der Koordinationsausschuß und die Geschäftsstelle?

Im Koordinationsausschuß arbeiten die verschiedensten Gruppen und Organisationen der Friedensbewegung zusammen. Zum größten Teil waren sie auch schon an der Vorbereitung des 10.10. 1981 und 10.6.82 beteiligt. Der KA trifft sich mindestens einmal im Monat.

Auf der Kölner-Aktionskonferenz wurden folgende Organisationen gebeten, im KA mitzuarbeiten: Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner; Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen; Anstiftung Frauen für den Frieden; Vereinigte Deutsche Studentenschaften; Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken; Ohne Rüstung Leben; Initiative Kirche von unten; Komitee für Frieden Abrüstung und Zusammenarbeit; Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend; Frauen in die Bundeswehr - wir sagen nein; Die Grünen; Komitee für Grundrechte und Demokratie; Jungsozialisten in der SPD; Deutsche Jungdemokraten; Demokratische Sozialisten; Konferenz der Landesvertretungen; DGB-Jugend; Gustav Heine-mann- Initiative; Liberale Demokraten; Bundeskongreß autonomer Friedensgruppen; Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen; Initiative Frieden, Internationalen Ausgleich und Sicherheit und die evangelischen Studentengemeinden.

Der Koordinationsausschuß hat eine Geschäftsführung gewählt, in der folgende Organisationen zusammenarbeiten: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (ASF); Anstiftung Frauen für den Frieden; Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU); Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO); Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK); Vereinigte Deutsche Studentenschaften (VDS).

Das Büro der Geschäftsstelle befindet sich in der Estermannstr. 179, 5300 Bonn 1

Dort arbeiten einige Freundinnen und Freunde, um die Herbstaktionen mit vorzubereiten. Das Büro ist in der Regel von Montag bis Freitag von 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr besetzt.

Unterzeichnung des Aufrufes

Auf der Kölner Aktionkonferenz wurde fast einstimmig der Aufruf "Es ist an der Zeit – sagt Nein! Keine neuen Atomraketen in unser Land!" verabschiedet, der die inhaltliche Grundlage für die Aktionswoche vom 15. – 22. Oktober bildet.

Wir möchten alle Gruppen/Initiativen/Organisationen und Einzelpersonen bitten, diesen Aufruf zu unterzeichnen und zusammen mit einer Einzahlung/Barzahlung/Überweisung von 20,- DM an das Büro der Geschäftsstelle zurückzusenden. Der Aufruf liegt dem Rundbrief bei.

All diejenigen, die den Aufruf bereits unterzeichnet haben, bitten wir, die 20,-DM auf unser Konto zu überweisen. Wir benötigen das Geld, um die enormen Kosten, die auf uns zukommen, zu decken.

Die Aktionswoche vom 15. – 22. Oktober 1983

Die Kölner-Aktionskonferenz hat beschlossen, vom 15.– 21. 10. verschiedene einzelne, örtliche und regionale Widerstandstage sowie drei "Volksversammlungen für den Frieden" am 22. Oktober durchzuführen. Die Volksversammlungen finden statt in Bonn, Hamburg und Stuttgart/Neu Ulm.

Die Widerstandstage

Die Widerstandstage werden auf örtlicher und regionaler Ebene vorbereitet. Um für die Widerstandstage auch eine bundesweite Koordination zu gewährleisten, Informationen und Anregungen auszutauschen, hat sich der Koordinationsausschuß entschlossen, für die einzelnen Widerstandstage Arbeitsgruppen einzurichten. Zum Teil haben zur Koordination bereits erste Treffen stattgefunden, wo Ideen, Vorschläge usw. für den Widerstandstag ausgetauscht wurden. Weitere werden stattfinden. In diesem Rundbrief erhalten Sie die Protokolle der Treffen, die stattgefunden haben, aus denen Sie die näheren Vorschläge und Planungen ersehen können.

Alle Fragen, Infos, Vorschläge, die Sie zu den einzelnen Widerstandstagen haben, senden bitte an das Büro der Geschäftsstelle oder an eine der Organisationen/Gruppen, die in der jeweiligen Arbeitsgruppe mitarbeiten. Im einzelnen findet statt:

15.10. dezentrale Auftaktaktionen in allen Städten und Gemeinden

(Siehe Protokoll) In der AG arbeitet bisher: KFAZ

16.10. Christen und Religionsgemeinschaften

In Kürze wird es einen Rundbrief der IKVU geben. In der AG arbeiten: IKVU, AGDF.

17.10. Frauen

(siehe Protokoll) In der AG arbeiten: Initiative Frauen in die Bundeswehr – wir sagen Nein!, Frauen für den Frieden sowie Frauen gegen Krieg und Militarismus und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen.

18. 10. Antimilitarismus und internationale Sicherheit

(siehe Protokoll) In der AG arbeiten DFG/VK, VÖGA, BUKO, SDAJ, ORL, BAF, DIE GRÜNEN.

19.10. Arbeiter, Betriebe, Landwirte und soziale Einrichtungen

(siehe Protokoll) In der AG arbeiten: SJD – Die Falken, SDAJ, ORL, Jusos sowie die Hoesch-Friedensini.

20.10. Schulen, Volkshochschulen und Hochschulen

(siehe Protokoll) In der AG arbeiten: KdLSV, VDS, Frauen für den Frieden, Jusos, Judos.

21.10. Parlamente, Stadträte und Parteigruppen

Ein erstes Treffen findet am 19.7. statt. In der AG arbeiten: ASF, IFIAS, GHI, LD, DIE GRÜNEN, DFG/VK, DS, Jusos, Komitee für Demokratie und Grundrechte.

Für Aktionen des zivilen Ungehorsams während der ganzen Aktionswoche:

Anstiftung der Frauen für den Frieden, BAF, BBU, FÖGA, GRÜNE, IKVU

Volksversammlung für den Frieden

Am 22.10. finden 3 Volksversammlungen für den Frieden statt. Für alle drei Volksversammlungen gibt es bisher noch keine genauen Planungen über den konkreten Ablauf, Programm, Aktionen usw.

Die folgenden Beschreibungen entsprechen den bisherigen Beschlußstand. Wir hoffen, im nächsten Rundbrief konkretere Informationen liefern zu können.

Volksversammlung für den Frieden in Bonn

Bereits auf der Kölner-Aktionskonferenz wurde die Volksbefragung für den Frieden in Bonn beschlossen. An bisherigen Ideen, um von dem üblichen Schema Demonstration/Kundgebung weg-

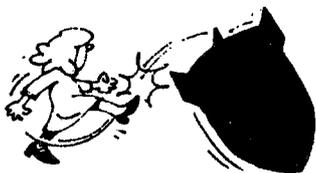
zukommen und zu ermöglichen, daß sich die Teilnehmer aktiv einbringen können, liegen vor: Gewaltfreie Aktionen vor Ministerien, symbolische Blockade der Hardthöhe, Menschenketten vor Rüstungslobby-Büros und zum Arbeitsamt, Friedensaktionen verschiedener sozialer Gruppen (z.B. Ärzte, Pfarrer, Künstler) auf den Plätzen von Bonn, Friedenswall/Menschenkette um die Bannmeile, gemeinsame Schweigeminuten, Friedensfeste in der Nacht zum 22.10. usw. Den Abschluß sollte eine gemeinsame Kundgebung bilden.

Es ist geplant, Ende August auf einer Regionalkonferenz West über die gemeinsame Vorbereitung und Mobilisierung auf Bonn zu beraten. Eine genaue Einladung folgt.

Volkversammlung für den Frieden in Hamburg

Auf der Regionalkonferenz in Hannover wurde beschlossen, die Volkversammlung für den Frieden in Hamburg durchzuführen. Zugleich findet am 15.10. ein regionaler Auftakt in Bremerhaven, einem wichtigen US-Army-Nachschubhafen, statt. Für den 22.10. wird bisher diskutiert: Demozüge aus Stadtteilen und von Blockaden vor militärischen Einrichtungen, Menschenkette von der Führungsakademie der Bundeswehr zum Rathaus Markt, Zwischenkundgebung am Hafen, Abschlußkundgebung auf dem Rathausmarkt. Der gesamte Tag soll von phantasievollen Aktionen geprägt sein, die teilweise schon am Freitagnachmittag beginnen. Zwecks Infos usw. über die Norddeutschen Planungen wendet Euch bitte an:

Hamburger Forum
Innocienstr. 21
2000 Hamburg 36
und
Hamburger Friedenskoordination
Neernstweg 32-34
2000 Hamburg 50



Volkversammlung in Stuttgart/Neu-Ulm

Auf der Aktionskonferenz in Ulm wurde beschlossen: Menschenkette von den William-Baracks in Neu-Ulm zum Eucom in Stuttgart, 2 Abschlußkundgebungen in Neu-Ulm und Stuttgart, symbolische Blockade am Stationierungsort Neu-Ulm.

Das Koordinationsbüro hat die Adresse:

Koordinationsbüro Herbst '83
Schloßstr. 79
7000 Stuttgart 1

Weitere Infos

- In Berlin (West) wurde beschlossen, am 22.10 auch eine Großaktion durchzuführen. Vielleicht haben wir damit die vierte "Volkversammlung für den Frieden".
- Wer Infos, Unterstützung, Service für Aktionen des zivilen Ungehorsams haben will, kann diese bei uns und bei der Koordination Gewaltfreie Aktion c/o Dieter Schöffmann, Friedensladen Kassel, Blücherstr. 22, 3500 Kassel
- Auch International wird die Zahl der Friedensdemonstrationen im Oktober immer größer. Neben den im Aufruf aufgezählten Ländern gibt es jetzt auch Planungen in Dänemark (29.10), Kanada (22.10.), Kuba (22.10.) und eventuell auch Frankreich (29.10.)

Materialien/Öffentlichkeitsarbeit

Wichtigstes Mittel, um die Aktionswoche vom 15. - 22.10. auch als gemeinsame Aktion der gesamten Friedensbewegung darzustellen, zu ihr zu mobilisieren, ist die Öffentlichkeits-

arbeit. Eine gemeinsame Symbolik und Losung sind dazu geeignete Formen.

Unsere Materialien lehnen sich in der Form ganz bewußt an die Materialien des 10.10. 1982 und 10. 6. 1982 an (Menschenmenge, die die Bombe wegschiebt). Leider können wir Euch mit diesem Rundbrief noch kein Muster unserer Symbolik übersenden. Wir hoffen trotzdem, daß Ihr möglichst bald die Materialien bei uns bestellt.

Bislang werden wir folgende Materialien herausgeben, die Ihr bei uns bestellen könnt:

1. **AUFRUF**
Der Aufruf ist für 0,05 DM pro Exemplar bei uns zu bestellen.
2. **PLAKATE**
Wir wollen ein Plakat mit dem Hinweis auf die gesamte Aktionswoche und die Volkversammlungen herausgeben. Es besteht die Möglichkeit, eigene Hinweise auf das Plakat aufzudrucken/aufzukleben, so daß es auch für örtliche Aktivitäten/Veranstaltungen geeignet ist.
- Plakate A 1, dreifarbig kostet 0,60 DM pro Stück
- Plakat A 2 dreifarbig kostet 0,40 DM pro Stück
3. **BUTTON**
Wir wollen einen Button mit dem Symbol herausgeben, in der Größe 5 cm Durchmesser.
Der Preis pro Button beträgt 1,50 DM.
Der Endverkaufspreis beträgt 2,- DM. Ihr könnt also 0,50 DM pro Button für Eure eigenen Aktivitäten behalten.
4. **AUFKLEBER**
Wir bieten einen Aufkleber mit dem Symbol an. Größe 10cm Durchmesser.
Der Aufkleber kostet 1,00 DM
Der Endverkaufspreis beträgt 1,50 DM. Wiederum also 0,50 DM für Euch.

Wir möchten Euch bitten, die Bestellungen auf dem beiliegendem Bestellschein schriftlich an das Büro der Geschäftsstelle zu richten. Bestellungen können nur bearbeitet werden gegen Vorkasse. Ihr müßt also mit Eurer Bestellung gleichzeitig den entsprechenden Betrag überweisen, oder als Scheck beilegen. Für Porto/Versandkosten müssen wir pro Bestellung 5,- DM zusätzlich erheben.

Spenden/Finanzen

Die Aktionswoche und die drei Volkversammlungen für den Frieden sind eine große Unternehmung, die sehr viel Kosten verursacht. Wie Ihr Euch denken könnt, schwimmt keine der Organisationen der Friedensbewegung im Geld. Wir sind also dringend auf Spenden u. a. finanzielle Unterstützung (z.B. durch Materialverkauf usw.) angewiesen. Wir möchten Euch daher bitten, uns mit Spenden zu unterstützen. Gebt unser Anliegen weiter. Spenden bitte auf das Konto:

J. Leinen
Sonderkonto Herbstaktionen
Volksbank Bonn
BLZ 380 601 86
Konto-Nr.: 1501 492-023
oder
Sonderkonto Herbstaktionen
Postscheckamt Köln
BLZ 370 100 50
Konto-Nr.: 2760 02 - 508





Kampagne Volksbefragung

Auf der letzten Koordinationsausschußsitzung wurde beschlossen eine Kampagne "Atomwaffen Nein – Volksbefragung Ja" durchzuführen. Bitte lest Euch das dem Rundbrief beiliegende Material zur Volksbefragung durch und arbeitet mit dem Aufruf. Für Nachfragen steht das Büro zur Verfügung.

VOLKSBEFRAGUNG ÜBER DIE DROHENDE STATIONIERUNG NEUER ATOMWAFFEN

Die Friedensbewegung muß sich Herbst '83 auf eine großangelegte Hetz- und Diffamierungskampagne durch die Befürworter des NATO-Doppelbeschlusses einstellen. Zwei Linien sind bereits jetzt erkennbar;

1. Der Vorwurf, die Friedensbewegung sei kriminell und gewalttätig.

Die Friedensbewegung hat sich auf die strikte Gewaltfreiheit in ihren Aktionen geeinigt. Wenn wir dieses Prinzip - trotz aller Provokationen - durchhalten, wird diese Diffamierung in den Augen der Öffentlichkeit wie eine Seifenblase zerplatzen.

2. Der Vorwurf, die Friedensbewegung sei undemokratisch, da sie als Minderheit der Mehrheit ihre Vorstellungen aufzwingen wolle.

Alle Meinungsumfragen zeigen, daß die Mehrheit unserer Bevölkerung keine neuen Atomwaffen will. Der Forderung nach Durchführung einer Volksbefragung spricht die Friedensbewegung

der Bundesregierung die Legitimation ab, über diese existentielle Frage zu entscheiden. Die Friedensbewegung soll mit der Volksbefragung in die demokratische Offensive, die Regierung in die illegitime Defensive geraten.

In den vergangenen Monaten gab es viele Diskussionen darüber, ob wir einen Volksentscheid oder eine Volksbefragung fordern sollten. Ein Volksentscheid bedarf einer Verfassungsänderung. Die Volksbefragung ist dagegen mit einem einfachen Gesetz durchführbar. Angesichts des Zeitdrucks bis zum Stationierungstermin und einer notwendigen Grundsatzdiskussion über Art und Umfang von Volksentscheiden haben sich alle beteiligten Gruppen der Friedensbewegung auf die Forderung nach einer "Volksbefragung" verständigt.

Das Ergebnis einer Volksbefragung ist zwar nicht juristisch, aber doch politisch dasselbe wie bei einem Volksentscheid. Eine Stationierung gegen den ausdrücklichen Willen der Mehrheit unserer Bevölkerung würde den größten Vertrauensverlust seit Bestehen der Bundesrepublik in eine Regierung hervorrufen und damit die Grundlage für noch umfangreichere Widerstandsaktionen liefern.

Bevor im Herbst im Bundestag ein Gesetzesantrag für eine Volksbefragung eingebracht wird, muß ein erheblicher außerparlamentarischer Druck zur Durchsetzung dieser Forderung vorhanden sein. Es geht deshalb in den Sommermonaten darum, aus allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen Zustimmung für die Volksbefragung einzuholen.

Die Zustimmung von Betriebsversammlungen, Kommunalparlamenten, Kirchengemeinden, Parteigliederungen muß im Vordergrund stehen. Wie bei der Volkszählung, so muß die Kampagne zur Volksbefragung sichtbaren Ausdruck durch Transparente an Hauswänden, Plakate, Broschüren, Buttons usw. erhalten. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt.

Bei einem bundesweiten Arbeitstreffen am 12. Juni in Hannover wurde ein Aufruf für die Kampagne zur Volksbefragung beschlossen. Der Koordinierungsausschuß für die Herbstaktionen hat am 17. Juni die politische Trägerschaft für die Kampagne zur Volksbefragung übernommen und schlägt Euch beiliegenden Aufruf zur Sammlung von Zustimmungserklärungen vor.

Wir bitten alle, diese zusätzliche Schiene unseres Widerstands gegen die neuen Raketen zu nutzen! Es muß klar und deutlich werden, daß nur eine Minderheit von Militärs und Politikern diese Kriegsführungs-Waffen will, die überwältigenden Mehrheit unserer Bevölkerung den Selbstmord ablehnt.

Verteilt die Kampagnen-Flugblätter massenhaft in Eurem politischen und privaten Umkreis. Helft mit bei der Finanzierung dieser Kampagne !!

Spendenkonto: *Kampagne Volksbefragung
Volksbank Bonn
Kto.Nr. 150 14 92 015 (BLZ 380 601 86)*

Tag der Ministerien Fr. 21.10.

Die Bonner Gruppe "Gewaltfreie Aktion" plant für den 21.10.83 eine ganztägige direkte gewaltfreie Aktion zivilen Ungehorsams (Blockade) am Bundesverteidigungsministerium auf der Hardthöhe. Gruppen aus der Region, die sich beteiligen wollen, sollten baldmöglichst Kontakt mit der Koordination aufnehmen. Der Aktionsaufruf und eine Selbstverpflichtungserklärung zur Beteiligung sind gegen 1.DM in Briefmarken zu erhalten bei: AK Gewaltfreie Aktion, c/o Oskar Romero Haus, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

Tag der Kirchen

Für den "Widerstandstag der Christen und anderer Religionsgemeinschaften" kann ab sofort ein Rundbrief mit Aktionsvorschlägen und aktuellen Informationen bezogen werden bei: Initiative Kirche von unten, Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1. Preis: 3.-DM. Ein zweiter Rundbrief soll im September erscheinen. Einsendeschluß für Aktionsvorschläge ist der 1. September.

Aufstehen für den Frieden

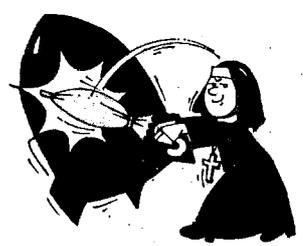
ist der Titel einer Dokumentation vom 10.6. 83 in Bonn. Das vom Koordinierungsausschuß herausgegebene Buch(160 Seiten, Lamuv-Verlag) kann beim Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz zum Sonderpreis von DM 5.- bezogen werden. (BBU, Friedrich Ebert Allee 120, 5300 Bonn 1)

Dringende Bitte:

Wenn Ihr Informationen, Vorschläge, Papiere für diesen Rundbrief schickt, schickt uns bitte reproduzierfähige Vorlagen. Also Schwarz auf weiß und nicht grau in grau. Schwarzes Farbband und weißes Papier. Für diesen Fall solltet Ihr auf UWS Papier verzichten. Wir sparen uns dadurch in vielen Fällen das erneute Tippen oder Setzen Eurer Vorschläge. 1000 Dank - Die Rundbriefredaktion.

**Viel Spaß bei der Vorbereitung der Herbstaktionen
Mit friedensbewegten Grüßen**

Die Mitarbeiter der Geschäftsstelle



Anlagen

- *Aufruf zur Aktionswoche*
- *Bestellschein*
- *Presseerklärung der Geschäftsführungen vom 28.6. 1983*
- *Protokolle zu den Widerstandstagen Frauen, Bildung, Betriebe, Antimilitarismus und Internationale Solidarität und Hinweise für dezentrale Auftaktaktionen.*
- *Hinweise für Sommercamps*
- *Aufruf für die Kampagne zur Volksbefragung*



AKTION SÜHNEZEICHEN / FRIEDENSDIENSTE (ASF)
ANSTIFTUNG DER FRAUEN FÜR DEN FRIEDEN
BUNDESKONGRESS ENTWICKLUNGSPOLITISCHER AKTIONSGRUPPEN (BUKO)
BUNDESVERBAND BÜRGERINITIATIVEN UMWELTSCHUTZ E.V. (BBU)
DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT / VEREINIGTE KRIEGSDIENSTGEGNER (DFG/VK)
VEREINIGTE DEUTSCHE STUDENTENSCHAFTEN (VDS)

Bonn, den 28. Juni 1983

DIE FRIEDENSBEWEGUNG ERKLÄRT NACH DER SITZUNG DES KOORDINIERUNGS-
SCHUSSES FÜR DIE HERBSTAKTIONEN IN BONN:

1. DIE FRIEDENSBEWEGUNG IST UND BLEIBT GEWALTFREI
2. DIE FRIEDENSBEWEGUNG WARNT DIE BUNDESREGIERUNG VOR EINER KAM-
PAGNE DER VERLEUMDUNG UND DIFFAMIERUNG

Die Erklärung von Bundeskanzler Kohl in Krefeld, daß nur noch "ein Wunder in Genf" die Stationierung neuer Atomwaffen verhindern könne, zeigt nach Ansicht der Friedensbewegung die Entschlossenheit der NATO und der Bundesregierung, "auf alle Fälle" Ende dieses Jahres Pershing II und Cruise Missiles in Europa zu stationieren. Der Bundesregierung muß klar sein, daß die Mehrheit der Bundesbürger/innen neue Atomwaffen ablehnt und eine Politik der atomaren Aufrüstung mit den größten und vielfältigsten Widerstandskampagnen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beantwortet wird.

1. Die Friedensbewegung warnt die Bundesregierung eindringlich vor einer Kampagne der Verleumdung und Diffamierung im Vorfeld der Herbstaktionen gegen die Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles. Die Erklärungen der Bundesminister Geißler und Wörner, der Pazifismus würde die Kriegsgefahr vergrößern, sind nach Ansicht der Friedensbewegung keine Ausrutscher, sondern der sorgfältig vorbereitete Startschuß einer Serie von Angriffen auf die Friedensbewegung. Es ist uns bekannt, daß die Bundesregierung für die Sommermonate eine Multi-Media-Kampagne gegen die Friedensbewegung starten will. Mit Geschichtsfälschungen und Lügenkampagnen versucht die Bundesregierung offensichtlich, von der Diskussion über die wachsende atomare Bedrohung und der Angst vieler Bürger vor einem Atomkrieg abzulenken.

2. Die Friedensbewegung warnt die Bundesregierung davor, die Auseinandersetzungen kleiner Gruppen mit der Polizei am Rande des Krefelder Bush-Besuchs und der friedlichen Großdemonstration Krefelder Friedensinitiativen zu einer durchsichtigen Hetzkampagne auszunutzen, um ein Klima der Hysterie und Gewalt für den Herbst '83 herbeizureden. Die Friedensbewegung erklärt klar und deutlich, daß ihre Aktionen nur mit gewaltfreien Mitteln durchgeführt werden. Wer Gewalt anwendet, stellt sich außerhalb der Friedensbewegung und schadet ihren Zielsetzungen. Auch die Veranstaltung der Friedensbewegung in Krefeld ist absolut gewaltfrei verlaufen. Dies bestätigen die Berichte des Krefelder Polizeipräsidenten und des nordrheinwestfälischen Innenministers Schnoor.

Die Polizei ist nicht der Gegner der Friedensbewegung. Die Friedensbewegung legt außerordentlich großen Wert darauf, daß Fehlentscheidungen der Politiker nicht auf dem Rücken der Polizei ausgetragen werden. Die Angriffe aus CDU-Kreisen auf den nordrhein-westfälischen Innenminister Schnoor verfolgen das durchsichtige Ziel, den von der Bundesregierung gewünschten Konfrontationskurs gegen die Friedensbewegung in allen Bundesländern einheitlich durchzusetzen.

Die Verschärfung des Demonstrationsrechts und der Einsatz neuerer Polizeiwaffen (z.B. CS-Gas, Gummi-Geschosse) können jedoch die fehlende moralische und politische Glaubwürdigkeit einer Politik der atomaren Aufrüstung nicht wiederherstellen.

Die Friedensbewegung erneuert ihre Aufforderung an die Bundes- und Landesregierungen für die im Herbst geplanten Widerstandskampagnen auch ihrerseits Konzepte gewaltfreier Konfliktlösungen auszuarbeiten und durchzuhalten. Die Friedensbewegung wirft insbesondere den für die Stationierung vorgesehenen Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg vor, für den Herbst '83 polizeistaatliche Vorkehrungen zu treffen, um den Bürgerprotest gegen neue Atomwaffen zu ersticken.

Um falsche Frontstellungen zu vermeiden, wird die Friedensbewegung Gespräche mit der Polizei und Angehörigen der Bundeswehr über die geplanten Widerstandskampagnen suchen.

Koordinierungsausschuß für die Herbstaktionen
Estermannstraße 179, 5300 Bonn 1
Tel. 0228/67 82 31/32



ES IST AN DER ZEIT: SAGT NEIN! KEINE NEUEN ATOMRAKETEN IN UNSER LAND!

Die Zeit drängt: Die Stationierung von Pershing II und Cruise Missile muß verhindert werden.

Geht es nach den Plänen der US-Regierung, der NATO und der Bundesregierung, wird es Ende dieses Jahres soweit sein: Pershing II-Raketen und Marschflugkörper sollen in unserem Land stationiert werden. Damit wird ein auf Europa begrenzter Atomkrieg denkbar. Das macht uns Angst.

Das Wettrüsten in Ost und West ist die größte Bedrohung für die Menschheit. Das System der gegenseitigen Abschreckung hat dazu entscheidend beigetragen. Jedes neue Waffensystem in Ost und West bedeutet nicht mehr, sondern weniger Sicherheit. Die Europäer sind in der Gefahr, wie die Bewohner von Hiroshima und Nagasaki, in einem atomaren Inferno vernichtet zu werden. Wir müssen aus der Geschichte lernen und uns rechtzeitig wehren.

Rüstung tötet schon jetzt — mit und auch ohne Krieg. Seit 1945 sind in über 150 Kriegen in der sogenannten Dritten Welt mehr Menschen getötet worden als im 2. Weltkrieg. Jede Minute werden weltweit 2,5 Millionen DM für die Rüstung ausgegeben; in der gleichen Zeit sterben 50 Menschen an Hunger. Während riesige Geldsummen in die Herstellung von Waffen gesteckt werden, fehlen diese Mittel zur Beseitigung der Armut, der Umweltzerstörung und der Arbeitslosigkeit.

Neue Atomraketen und Hochrüstung werden mit weiterem Sozial- und Bildungsabbau bezahlt. Rüstung schafft keine sicheren Arbeitsplätze. Im Gegenteil. Die Rüstungswirtschaft hat sich in der Vergangenheit als einer der größten Arbeitsplatzvernichter hervorgetan. Wir fordern den Stopp und die schrittweise Senkung des Rüstungshaushaltes, damit die freiwerdenden Mittel für soziale Zwecke und für ein umfassendes Beschäftigungsprogramm eingesetzt werden können.

Das Wettrüsten fördert in Ost und West, in Nord und Süd die Militarisierung der Gesellschaften. Frauen sind hiervon besonders betroffen. Sie sollen immer mehr in die Militarisierung — z.B. als Reservarmee — einbezogen werden. Dies widerspricht der Forderung der Frauen nach Selbstbestimmung, nach Wahrung ihrer sozialen und politischen Rechte und Erhaltung ihrer Würde gegen tägliche Diskriminierung.

Frieden bedeutet mehr als die Abwesenheit von Krieg zwischen Staaten. Frieden ist ein Prozeß für Gerechtigkeit, für Verminderung und Beseitigung von Not, Elend und Gewalt, die Abschaffung rassistischer, religiöser, wirtschaftlicher, sozialer und sexistischer Unterdrückung und Diskriminierung, die Gewährleistung der Menschenrechte und des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen.

Weltweit haben die Friedensbewegungen einen großen Einfluß gewonnen. Ihr Rückhalt in der Bevölkerung wächst. Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik weiß sich mit der amerikanischen Friedensbewegung einig in der Forderung, Herstellung, Tests und Stationierung von Atomwaffen einzufrieren und gemeinsam keine neuen Atomraketen in Europa zuzulassen, unabhängig vom Ausgang der Genfer Verhandlungen. Alle Atomwaffen in und für Europa, einschließlich der sowjetischen SS 20, der französischen, britischen und amerikanischen Raketen müssen abgeschafft werden. Die „Zwischenlösung“ ist ein Trick, um die Aufrüstung in Raten durchzusetzen und die Öffentlichkeit zu täuschen. Jede „Zwischenlösung“, die die Stationierung auch nur einer einzigen Pershing II oder Cruise Missile beinhaltet, lehnen wir ab.

Wir rufen die ganze Bevölkerung auf: Informiert Euch über die Gefahren! Werdet mit uns aktiv gegen die drohende atomare Vernichtung unseres Landes! Wehren wir uns gemeinsam gegen die Stationierung der neuen Atomraketen in unserem Land!

Wir appellieren, durch Aufklärung und vielfältige Aktionen zur Verbreiterung des Widerstandes beizutragen. Viele Menschen sind bereit, sich an gewaltfreien Aktionen des zivilen Ungehorsams zu beteiligen. Ihr Handeln ist Ausdruck einer neuen Widerstandsbereitschaft in der Friedensbewegung.

WIR FORDERN VON DER BUNDESREGIERUNG UND DEN REGIERUNGEN DER ÜBRIGEN MITGLIEDSLÄNDER DER NATO:

1. Ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen Pershing II und Cruise Missile zurückzuziehen. Damit soll der Weg für die Verringerung der Atom- und aller anderen Massenvernichtungsmittel in West- und Ost-Europa eröffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen. Jegliche Maßnahmen zur Vorbereitung der Stationierung müssen unverzüglich eingestellt werden.
2. Die Beseitigung aller in der Bundesrepublik gelagerten chemischen Waffen;
3. Die Schaffung regionaler atomwaffenfreier Zonen in Europa, bei gleichzeitiger Verringerung der konventionellen Rüstungen in Ost und West;

4. Eine Politik der Entspannung, die die politischen, wirtschaftlichen und menschlichen Beziehungen fördert und ein Klima für weitere Abrüstungsschritte schafft;
5. Sofortige Senkung der Rüstungsausgaben und Verwendung der Mittel für gesellschaftlich nützliche Aufgaben;
6. Keine Rüstungsexporte und Interventionen. Das Elend der Länder der sogenannten Dritten Welt ist auch ein Ergebnis zunehmender Militarisierung.

DIE GROSSEN MILITÄRMÄCHTE, INSBESONDERE DIE USA UND DIE SOWJETUNION FORDERN WIR AUF:

1. Die Entwicklung, Erprobung, Herstellung und Stationierung aller Massenvernichtungswaffen sowie, von Raketen, Flugzeugen und Schiffen einzufrieren, die als atomare Trägersysteme geeignet sind;
2. darauf zu verzichten, durch neue Waffen oder Kriegsführungsstrategien sowie den Ausbau von Erstschlagskapazitäten eine militärische Überlegenheit herzustellen;
3. alle Massenvernichtungsmittel, also auch die chemischen, biologisch-bakteriologischen und Strahlenwaffen zu ächten und zu beseitigen;
4. jede militärische Einmischung und Intervention in der sogenannten Dritten Welt zu unterlassen und die Emanzipationsbestrebungen nicht unter dem Vorwand des Ost-West-Konflikts zu ersticken.

Die Gruppen der Friedensbewegung in der Bundesrepublik rufen für die Woche vom 15.—22. Oktober 1983, angesichts der drohenden Stationierung neuer Atomraketen und im Zusammenhang mit der UNO-Abrüstungswoche, zu vielfältigen und gewaltfreien Aktionen und Veranstaltungen auf.

Während der ganzen Woche sollen verschiedene gewaltfreie Aktionen (wie z.B. Friedenscamps, Mahnwachen, Blockaden, Schweigestunden) stattfinden.

Widerstandstage:

- Samstag, den 15. 10.: dezentrale Auftaktaktionen in allen Städten und Gemeinden.
- Sonntag, den 16. 10.: Christen und Religionsgemeinschaften
- Montag, den 17. 10.: Frauen
- Dienstag, den 18. 10.: Antimilitarismus und internationale Solidarität
- Mittwoch, den 19. 10.: Arbeiter, Betriebe, Landwirte und soziale Einrichtungen
- Donnerstag, den 20. 10.: Schulen, Volkshochschulen und Hochschulen
- Freitag, den 21. 10.: Parlamente, Stadträte, Verwaltungen und Parteigruppen.

Am Samstag, den 22. 10., finden parallel statt: ‚Volksversammlungen für den Frieden‘ in Bonn sowie in Nord- und Süddeutschland.

Ähnliche Aktionen werden im Oktober '83 in den USA (8./9. 10.), Belgien, Italien, Großbritannien, Dänemark, Österreich und Nicaragua (22./23. 10.) und den Niederlanden (29. 10.) stattfinden.

Bitte zurücksenden an

Koordination Aktionswoche 15. — 22. 10. 1983
Estermannstraße 179

5300 Bonn 1

Wir/Ich unterstütze/n den Aufruf „Es ist an der Zeit: Sagt Nein! Keine neuen Atomraketen in unser Land!“

Organisation oder Name: _____

ggf. Beruf/Funktion: _____

Anschrift: _____

Unterschrift: _____

Meinen / unseren Beitrag in Höhe von DM (Mindestbeitrag DM 20,-) habe/n ich/wir am

auf Sonderkonto Herbstaktionen, J. Leinen,

- Postscheckkonto (PschAmt Köln (BLZ 37010050) Kto.Nr. 276002-508
- Bankkonto (Volksbank Bonn (BLZ 38060186) Kto.Nr. 1501492-023 überwiesen.
- Scheck liegt bei.

Atomwaffen - NEIN!

Wenn es nach dem Willen der Bundesregierung geht, dann sollen ab Ende dieses Jahres 108 Pershing-II-Raketen und ein Teil der 472 Cruise Missiles in unserem Land stationiert werden. Diese neuartigen Atomwaffen bringen nicht mehr, sondern weniger Sicherheit. Die Bundesrepublik wird sowohl Startrampe als auch Zielscheibe für einen Atomkrieg. Das kann zum Ausbruch eines atomaren III. Weltkrieges führen, der die Existenz der gesamten Menschheit gefährdet.

Die neuen Atomwaffen machen einen auf Europa begrenzbaren Atomkrieg denkbar. Im Falle der Stationierung muß damit gerechnet werden, daß vergleichbare Raketen in den osteuropäischen Ländern stationiert werden. Die beiden deutschen Staaten drohen ein atomares Schlachtfeld zu werden.

Die Bundesregierung behauptet, die neuen Atomwaffen sollen uns schützen. Was ist das für ein Schutz, wenn mit der Stationierung die Gefahr eines Atomkrieges größer wird? Wo bleibt die Sicherheit, wenn bei dem Einsatz dieser Atomwaffen unser Land der vollständigen Vernichtung preisgegeben und Europa zu einer unbewohnbaren Wüste wird?

Die Bundesregierung versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob in Genf ernsthaft verhandelt wird. Trotz der Genfer Verhandlungen gehen die Vorbereitungen für die Stationierung und die Produktion der neuen Raketen weiter. Nach allen Erfahrungen der letzten 30 Jahre mit sogenannten "Abrüstungsverhandlungen" ist ein berechtigtes Mißtrauen angebracht, daß die Regierungen auf diesem Wege die Atomwaffen abschaffen werden. Gegen die atomare Bedrohung ist deshalb ein weltweiter Widerstand der Völker notwendig.

Alle Meinungsumfragen zeigen, daß die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Stationierung neuer Atomwaffen ist. In zahlreichen Appellen, Demonstrationen und anderen Formen des Protestes haben bereits Millionen Menschen ihre Ablehnung gegen neue Atomwaffen zum Ausdruck gebracht. Die Bundesregierung hat deshalb kein Mandat und keine Legitimation gegen den Willen eines großen Teils unserer Bevölkerung der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zuzustimmen. In dieser existenziellen Frage muß der Wille der Bevölkerung mehr gelten als die militärischen Pläne einiger Politiker.

WIR FORDERN DESHALB BUNDESREGIERUNG UND BUNDESTAG AUF, ÜBER DIE GEPLANTE STATIONIERUNG VON NEUEN ATOMWAFFEN EINE VOLKSBEFRAGUNG DURCHZUFÜHREN:

Diese Volksbefragung muß auf der unmißverständlichen und klaren Fragestellung beruhen:

"Ich lehne die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen (Pershing II, Cruise Missiles) auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland ab

Ja / Nein "

Wir rufen alle Bundesbürger/innen ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, des Berufs oder der Religion auf, der Gefahr eines Atomkrieges entgegenzutreten. Unser Ziel ist ein atomwaffenfreies Europa sowie ein weltweites Verbot für alle atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen. Fangen wir durch die Verhinderung der Stationierung neuer Atomwaffen bei uns damit an!

Unterstützt die Kampagne für eine Volksbefragung gegen diese neuen Atomwaffen!

Volksbefragung - JA!

Gemeinsame Abschlusserklärung der 180 Frauen des bundesweiten Treffens "Frauen/Frieden/Antimilitarismus" vom 28./29. Mai 1983 in Köln

veranstaltet von: Initiative "Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen NEIN!"
"Frauen gegen Krieg und Militarismus"
"Frauen für den Frieden"

Her mit dem ganzen Leben, Frauen verweigern ihre militärische Verplanung, Regen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen

Wir Frauen vom bundesweiten Treffen "Frauen/Frieden/Antimilitarismus" sind entschlossen, uns nichts mehr gefallen zu lassen und gemeinsam Widerstand zu leisten

Wir stellen uns der Abwälzung der Krise auf Frauen entschieden entgegen. Frauen werden massenhaft erwerbslos, ihre Ausbildungschancen werden zunehmend schlechter, Sozialausgaben werden zu ihren Lasten gekürzt, das Haushaltsgeld wird ständig weniger. Angeblich "weibliche" Fähigkeiten sollen die Krise abfedern und den Herrschenden freie Hand lassen für ihre Krisen- und Kriegsstrategien. Gleichzeitig sollen mit der Forderung nach Einführung eines sogenannten "sozialen Pflichtjahres" in der staatlichen Sozialfürsorge gestrichene Stellen kostensparend von Frauen ersetzt werden.

Wir fordern:

- Keine Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr
- Kein soziales Pflichtjahr
- Stop mit der Arbeitsplatzvernichtung
- Weg mit dem § 218
- Keine militärische Verplanung von Schwesternhelferinnen
- Einsatz von öffentlichen Finanzen für soziale und politische Gleichberechtigung und Arbeitsplätze statt Rüstungsverwendung

Mit uns ist bei Militarisierung und Kriegsvorbereitung nicht mehr zu rechnen. Allen Abwälzungsstrategien setzen wir unseren Widerstand entgegen.

Laßt uns deshalb gemeinsam in der Aktionswoche der Friedensbewegung vom 15. bis 22. Oktober 1983 und am Widerstandstag der Frauen (17.10.83) mit vielfältigen Aktionen, mit Mut und Phantasie unseren Widerstand zeigen:

- Junge Mädchen über die Absichten der Bundeswehr aufklären, mit Lehrern und Schülerverbänden gemeinsam Widerstand organisieren
- Veranstaltungen mit ehemaligen Flackhelferinnen durchführen
- Aufklärung über Schwesternhelferinnenarbeit
- In Kommunikations- und Aktionszentren "Kön-Schwacks" und Gesprächs-abende anbieten
- Frauen in bürgerlichen Kreisen ansprechen
- Veranstaltungen zu "Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und militärischen Einrichtungen sowie militärischen Ausgaben" durchführen
- Infostände mit Diskussionen durchführen, Flugblätter verteilen
- Raupen bilden und fest, als Marktschreier mit der Glocke oder Pauke durch die Stadt ziehen
- Bäume und Sträucher für den Frieden pflanzen, Denkmäler errichten, Straßen umbenennen
- Stadtfest durchführen, Nachbarschaftsparties in Kleinstädten
- Arbeitslose Frauen beim Arbeitsamt ansprechen

- Straßentheater aufführen, dabei auch Blockadeaktionen nachspielen
- Sit-ins und die-ins durchführen
- Straßenumzüge veranstalten
- Verweigerungsaktionen durchführen
- Blockaden mit Frauenbezugsgruppen bilden
- Umzingelungen und Menschenketten bilden
- Poststationen besuchen und nach Schutzplatz im Katastrophentall fragen
- Beauftragungen von Militärtransporten
- Schweigemäuten, Warnstreiks und Streikaktivitäten in Betrieben durchführen
- Betriebsversammlungen in Frauenbetrieben
- Friedensveranstaltungen in Betrieben
- Zusammenarbeit von Frauenfriedensgruppen und Frauen in den Gewerkschaften
- Volksbeträume durchführen
- Plakataktionen mit Titeln der Atomkriegsplaner durchführen
- Protestzug durch die Stadt durchführen, der verschiedene öffentliche Ämter miteinander verbindet
- Verbindung möglichst vieler Aktionen miteinander und Information der Bevölkerung und Einbeziehung neuer Frauen

Mit Fahnen und Tüchern mit unseren Lösungen und Zeichen geben wir uns zu erkennen. Als gemeinsame Aktion führen wir Verweigerungsaktionen durch und bilden in unseren Städten Frauenketten um Rüstungsbetriebe, Arbeitsämter, öffentliche Einrichtungen, Militäranlagen o.ä.

Köln, den 28./29. Mai 1983

Frauen für den Frieden fordern dazu auf, das Frauenfriedenscamp in Greenham Common, Comiso, bei Seneca Falls (USA) und im Hunsrück durch Briefe, Leserinnenbriefe, Spenden, Berichte und vor allem Besuche zu unterstützen, das internationale Netzwerk der unabhängigen Frauenfriedensbewegung auszuspenden.... Am 4. Juli, dem amerikanischen Unabhängigkeitstag, wenn Kohl in Moskau weilt, werden Hunderte von Frauen in Greenham Common die Einfahrten zur Air Base gewaltfrei und witzig blockieren, gegen den Bau der Silos für die Cruise Missile behindernd protestieren, zum Boykott der Produkte der Firmen aufrufen die an der Produktion und dem Transport der Cruise beteiligt sind (z.B. MAN) denn Unabhängigkeit bedeutet heute: Freiheit von Atomwaffen und Bügserinnenrechte!! (Greenham Office, 5 Leonard St. London EC2, Great Britain)
Am 20. Juni wird eine Delegation von Frauen für den Frieden in Berlin, das französische Konsulat besuchen um in Solidarität mit der Initiative gegen das französische Atomprogramm anzutreten. (dazu Hildesheim tel. 8032106) Kontaktadressen:

- Initiative "Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen NEIN!", Mechthild Jansen, Luxemburger Straße 186, 5000 Köln 41
- "Frauen gegen Krieg und Militarismus", Bernadette Ridard, Gindellallee 9, 2000 Hamburg 13

"Frauen für den Frieden", Eva Quistrop, Bundesallee 139, 1000 Berlin (West) 41
oder z.B. c/o Estemannstr. 179, 53 Bonn

Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des „Tags des Antimilitarismus und der internationalen Solidarität“,
Dienstag, der 18. Oktober 1983

PROTOKOLL der Sitzung vom 27. Juni 1983 in Bonn

anwesend: je ein Vertreter der SDAJ, der Initiative „Soldaten gegen Atomkrieg“, der VVN - Bund der Antifaschisten, der Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen, je zwei Vertreter der DFG/VK und der Koordination Ziviler Ungehorsam Kassel, drei Vertreter des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

Tagesordnungspunkt 1.) Gestaltung des Aktionstages 18.10.1983

Einleitend zu diesem Tag wurde festgestellt, daß der Militarismus in unserem Lande dazu benutzt wird, mit die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß ein atomarer Erstschlag mit den neuen Mittelstreckenraketen möglich wird.

Aufgabe dieses Aktionstages ist also, diesen Vorbereitungen in unserem Lande entgegenzutreten und die internationale Solidarität aller Gegner und Opfer des Militarismus weiterzuentwickeln und zu stärken.

Als Lösung für diesen Tag wurde mehrheitlich vorgeschlagen: „Unser Nein zu den Raketen heißt Ja zum Widerstand gegen Militarismus, Ja zur internationalen Solidarität“.

Als Symbol für diesen Aktionstag wurde eine gelbe Armbinde mit zweifarbigen Aufdruck vorgeschlagen. Dieser Aufdruck soll aus einer Kette bestehen, die von Menschen unterschiedlicher Hautfarbe gesprengt wird und gleichzeitig damit eine Rakete gesprengt wird. Verantwortlich für den Entwurf ist der Vertreter der SDAJ. Die technischen Voraussetzungen für die Herstellung dieser Armbinde werden von Vertretern des Bukos geprüft. Die Freunde Witt, Kawalun, Jakobi und Karbach beschließen über diesen Entwurf.

Folgende Themenbereiche wurden in der Diskussion erarbeitet, die die inhaltlichen Grundlagen für Aktionen und Veranstaltungen gegen die Stationierung neuer Atomraketen an diesem Aktionstag sein können.

I. Militarisierung des öffentlichen Lebens

Die zunehmenden Versuche zur Militarisierung des öffentlichen Lebens haben sich in den letzten Wochen und Monaten insbesondere niedergeschlagen in dem Gesundheitssicherstellungsgesetz, in der Zivildienstgesetznovelle, in den Aktivitäten Selbst-,Zivil- und Katastrophenschutzes, sowie in den Bemühungen, zukünftig auch Frauen in die Bundeswehr einzubeziehen.

Folgende Aktionsvorschläge wurden als Denkmolelle erarbeitet:

- ein Friedensdenkmal auf einem großen Platz errichten;
- auf Kriegerdenkmäler aufmerksam machen;
- Stadtpläne oder ähnliches erarbeiten, wo alle die Stellen eingezeichnet sind, die mit Militär und Militarierung im weitesten Sinn zu tun haben.

II. Soldaten/Kasernen

Folgende Aktionen sind zu diesem Themenkomplex denkbar:

- Diskussionsveranstaltungen in Kasernen, im Unterricht, wenn möglich mit Vertretern der örtlichen Friedensinitiativen;
- Aktionen in und vor den Kasernen;
- Friedensfeste mit Soldaten, organisiert von den örtlichen Friedensinitiativen;
- Aktionen an Bundeswehrstandorten, an denen ausländische Offiziere ausgebildet werden;

- Wehrpaß-Verbrennungen, öffentliche Verweigerungen;
- um Kasernen oder Kreiswehresatzämter oder ähnliches Bannmeilen errichten;
- alternative Berufsberatungen für Hauptschüler als Gegengewicht zu Berufsberatungen durch die Bundeswehr.

Bei der Planung kann die Initiative „Soldaten gegen Atomraketen“ behilflich sein.

III. Antifaschismus

Dazu wurden in der Diskussion folgende Aktionsvorschläge ausgearbeitet:

- Opfer des Militarismus oder Opfer des Faschismus auf öffentliche Veranstaltungen einladen, wo sie die Geschehnisse der damaligen Zeit und über den antifaschistischen oder antimilitaristischen Widerstand berichten können.
 - Straßen, die nach Militaristen benannt sind, nach nationalen und internationalen Opfern und Kämpfern gegen Faschismus und Militarismus benennen;
 - auf kriegsverherrlichende Literatur in Büchereien, Kiosken usw. aufmerksam machen;
 - Aktionen gegen neofaschistische Umtriebe.
- Bei der Planung kann die VVN - Bund der Antifaschisten behilflich sein.

IV. Rüstungsproduktion in Betrieben

Die Diskussion erbrachte folgende Vorschläge:

- Mit geeigneten Aktionen auf Betriebe aufmerksam machen, in denen Rüstungsgüter produziert werden, z.B. mit der Erstellung eines Stadtplans oder einer Karte, in der diese Betriebe entsprechend verzeichnet sind;
 - auf die auf Straßen und Schienen erfolgenden Militärtransporte aufmerksam machen und auf die Gefahren hinweisen, die damit verbunden sind.
- Diese Fragen spielen schon in den vielfältigen Aktionen zu atomwaffenfreien Zonen eine Rolle.

V. Internationale Solidarität/Antimperialismus

Folgende Aktionen sind denkbar:

- Neonazistischen Aktivitäten entgegenzutreten, insbesondere denen die ausländerfeindliche Ziele zum Inhalt haben;
 - Feste mit ausländischen Mitbürgern organisieren;
 - Aktionen vor Konsulaten und Handelsmissionen;
 - Straßen nach internationalen Kämpfern gegen den Militarismus benennen;
 - Aktionen zur Startbahn-West in Verbindung mit der militärischen Nutzung der Startbahn insbesondere auch über die „schnelle Eingreiftruppe“;
 - in geeigneter Weise auf die Probleme in der Dritten Welt aufmerksam machen.
- Bei der Planung kann der Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen behilflich sein.

Tagesordnungspunkt 2.) Aktionen

Da die oben genannten Aktionen teilweise sehr speziellen Charakter haben, wurden unter diesem Tagesordnungspunkt noch einmal die Aktionsvorschläge zusammengefaßt, die in allen Städten und Gemeinden durchgeführt werden können.

- Opfer und Kämpfer gegen Faschismus und Militarismus vorstellen;
- auf kriegsverherrlichende Literatur aufmerksam machen;
- Straßenumbenennungsaktionen;
- Enthüllung eines Friedensdenkmals;
- Aktionen vor Konsulaten;
- Stadtpläne erstellen, in denen alle die Stellen eingezeichnet sind, die mit Militarismus zu tun haben;
- Errichtung von Bannmeilen vor Rüstungsbetrieben, Kasernen, Kreiswehresatzämtern, Einrichtun-

des Zivilschutzes, Kriegerdenkmäler, Truppenübungsplätze, Munitionsdeposits, Raketenstationierungsorte. Diese Errichtung einer Bannmeile kann mit der Kennzeichnung der jeweiligen Einrichtung mit dem oben beschriebenen Symbol des Tages verbunden werden.

- Schweigeminuten, Umarmungen, Lichtermeere;
- Bürgerversammlungen mit anschließenden Straßen- und Stadtteilfesten;
- Menschenketten um verschiedene Militäreinrichtungen;
- eine Stadt mit Friedenssymbolen ausschmücken.

Tagesordnungspunkt 3.) Nächstes Treffen

Das nächste Treffen dieser Arbeitsgruppe findet statt

am Freitag, den 26. August 1983,
um 14 Uhr, in der Estermannstr. 179.

Zu diesem Treffen werden alle interessierten Organisationen der Friedensbewegung eingeladen. Auf diesem Treffen wird ein erster Überblick über die bisher bekanntesten Planungen gegeben.

In Verbindung mit dem für 28. August 1983 geplanten Festtreffen insbesondere für die Friedensinitiativen aus Hessen und NRW zur Vorbereitung der Friedensversammlung in Bonn am 22. Oktober, findet ebenfalls ein Treffen der Arbeitsgruppe zu diesem Thema statt.

Es fand allgemeine Zustimmung, daß auch weiterhin die Bundesgeschäftsstelle der DFG/VK die Kontaktadresse für diese Arbeitsgruppe ist.

27. Juni 1983 / Jörg Ehret



Protokoll der Arbeitsgruppe "Dezentrale Auftaktaktionen"

Die rund 35 Teilnehmer/innen suchten nach auffallenden, für alle empfehlenswerten, öffentlichkeitswirksamen Aktionen am 15. Oktober 1983 als "Startsignal", als "gemeinsames Erkennungsmerkmal" zum Auftakt der Aktionswoche. Die Vorschläge stellen einen großen Rahmen mit wünschenswerter Verbindlichkeit dar, die allerdings nicht die vielfältigen Möglichkeiten der Friedensinitiativen vor Ort einengen dürfen.

Neben örtlichen Kundgebungen, Demonstrationen, Friedensmärkten, Mahnwachen, dem Sammeln von Unterschriften für den Krefelder Appell und atomwaffenfreie Zonen als breit praktizierte Formen der Arbeit, die fortgeführt werden sollen, sollen neue Anspruchsmöglichkeiten gesucht werden, zum Beispiel Volksläufe oder Sportfeste für den Frieden zu organisieren.

In der Arbeitsgruppe kristallisierten sich schließlich vier konkrete Vorschläge für ein gemeinsames Startsignal in die bundesweite Aktionswoche am 15. Oktober 1983 heraus:

1. In allen Lokalzeitungen sollen am 15. Oktober Grobanzeigen mit einem politisch inhaltlichen Teil (Aufruf, z.B.) und dem regionalen Programm der Aktionswoche erscheinen. Finanziert werden kann dies mittels Spenden durch die Unterzeichner.
2. um 12.00 Uhr sollen in allen Städten, Orten und Gemeinden entweder Menschentepich-Aktionen, Schweigeminuten für den Frieden, "ground-zero-Aktionen" stattfinden oder die Glocken läuten, um das gemeinsame Startsignal in der Öffentlichkeit aktionsbezogen zu setzen.
3. für den 15. Oktober sollen die großen Stellwände der Städtereklame angemietet werden, um dort attraktives und wirksames Informationsmaterial der Friedensbewegung für die Bürger/innen zu veröffentlichen; denkbar sind einheitliche Großplakate, aber auch das Bemalen der Wände durch Künstler...

4. im weiteren Verlauf des Tages sollen überall "Bürgerversammlungen" stattfinden, um noch mehr Menschen direkt anzusprechen und ihnen das zentrale Anliegen unserer Arbeit noch besser zu vermitteln; mögliche Formen sind Diskussionsveranstaltungen mit Vertretern unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Gruppen, Friedensfeste...

Als wesentlich erschien den Anwesenden noch, daß möglichst schnell eine Koordinierungsstelle zur Verfügung steht, um Erfahrungen auszutauschen und einander Hilfestellung zu geben.

Angeregt wurde des weiteren für den 15. Oktober ein verbindendes Motto zu benennen. Unser Vorschlag: "Der Atomtod bedroht uns überall, keine Stationierung neuer Atomraketen".

Einstimmig unterstützt wurde der Wunsch eines ausländischen Kollegen, die zentralen Materialien für die Aktionswoche in die Sprachen der in der Bundesrepublik lebenden Menschen zu übersetzen.

FdR

Gert Samuël

Bericht vom Arbeitstreffen zur Vorbereitung des Widerstandstages der Arbeiter, Betriebe, Landwirte und sozialen Einrichtungen am 26. Juni 1983 in Essen

An dem Treffen nahmen ca. 80 Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen betrieblichen Friedensinitiativen oder Friedensarbeitskreisen von Gewerkschaftern teil. Neben der Diskussion um aktuellere Entwicklungen im gewerkschaftlichen Bereich und allgemeinem Erfahrungsaustausch standen zwei Punkte im Vordergrund der Diskussion :

1. Aufgaben der bundeszentralen Koordination

Die Hauptaufgabe der bundeszentralen Koordination ist der Aufbau eines möglichst umfassenden Verteilers über den Erfahrungsberichte aus den einzelnen betrieblichen und gewerkschaftlichen Friedensinitiativen verbreitet werden können. Besonders die konkreten Vorhaben in den Betrieben und die Erfahrungen und Schwierigkeiten beim Aufbau und der Arbeit betrieblicher Friedensinitiativen sollen bekanntgemacht werden. Damit soll auch die Bildung neuer betrieblicher Friedensinitiativen unterstützt werden. Als wichtiger Schritt zur Weiterentwicklung der Arbeit vor Ort wird die Bildung örtlicher Koordinationen angestrebt.

Eine weitere Aufgabe der Koordinationsstelle ist die Aufarbeitung der Erfahrungen der Arbeiterbewegung und die Erstellung entsprechender Argumentationsmaterialien. Ebenso sollen Argumentationsmaterialien zum Zusammenhang von sozialer Frage und Rüstung ausgearbeitet werden.

2. Arbeitskonferenz am 10. September 1983 in Dortmund

Auf dem Arbeitstreffen wurde beschlossen, am 10.09.1983 in Dortmund eine Arbeitskonferenz durchzuführen. Veranstalter dieser Konferenz sollen soviel betriebliche Friedensinitiativen wie irgend möglich sein. Die Konferenz soll einen Doppelcharakter haben :

a) Mit der Konferenz soll eine starke Augenwirkung erzielt werden. Dies dürfte sich auch mobilisierend für die Aktionswoche auswirken und außerdem dokumentieren, daß der Widerstand gegen die Rüstungspolitik in den Betrieben wächst und sich weiter organisiert. Um dies zu erreichen soll eine Podiumsdiskussion mit zum einen namhaften Vertretern aus dem gewerkschaftlichen Bereich und zum anderen Vertretern betrieblicher Friedensinitiativen stattfinden.

b) Die zweite Aufgabe der Konferenz ist die konkrete Vorbereitung des Aktionstages. In Arbeitsgruppen sollen die politischen Probleme und Aktionsmöglichkeiten diskutiert werden. Bis jetzt sind u. a. vorgeschlagen Arbeitsgruppen zu Rüstungskonversion, Zusammenhang Arbeitsplätze und Rüstung, Rüstungsexporte.

Für die Vorbereitung der Veranstaltung wurden festgelegt die in der Arbeitsgruppe des Koordinationsausschusses mitarbeitenden Organisationen (Ohne Rüstung leben, Jungsozialisten, SDAJ, SJD - Die Falken) und betriebliche Friedensinitiativen aus Köln, Düsseldorf, Witten bzw. Oberhausen. Die Koordination sowie Anlaufstelle ist die betriebliche Friedensinitiative Hoesch Dortmund (r/o Uli Schmitz, Am Richterbusch 21, 4600 Dortmund-Hoerde).

Alle betrieblichen und gewerkschaftlichen Friedensinitiativen sind aufgerufen, Vorschläge zum Programm der Konferenz sowie andere Materialien über ihre Arbeit, Aktionstips, Erfahrungsbereiche und vieles andere an die Hoesch-Friedensinitiative zur Weiterleitung an andere Initiativen zu schicken.

SOMMERAKTIONEN DER FRIEDENSBEWEGUNG

Koordinations-Gewaltfreie Aktionen: c/o Dieter Schöffmann, Friedensladen Kassel, Blücherstr. 22, 3500 Kassel
Koordinations-Herbstaktionen 15.-22.10.: Friedensbüro, Estermannstr. 179, 5300 Bonn 1, 0228/678231-32

*** SOMMER-CAMPS *** SOMMER-CAMPS ***

Ein bundesweites *Frauenwiderstandscamp* soll vom 15.7 bis 15.8. beim Hauptplatz und Stationierungsort der Cruise Missiles im Hunsrück, in der Nähe von Wüschheim im Landkreis Simmern stattfinden. Die Idee zu diesem Camp entstand im letzten Sommer-Universität, seither gab es regelmäßige Vorbereitungstreffen mit Frauengruppen aus der gesamten BRD und Westberlin. An der Vorbereitung beteiligt sich inzwischen auch eine Frauengruppe aus dem Landkreis Simmern, von einer dort ansässigen Pfarrerin wird das Camp ebenfalls unterstützt. Frauen, die an dem Camp teilnehmen wollen, sollten sich schon jetzt in Bezugsgruppen zusammenschließen und bei den jeweiligen Kontaktadressen anmelden.

Kontakt: *Sigi Klöpfer*, Blutenburgstr. 66, 8 München 19, Tel. 089/190745
Räbhel Steinbock, Agnesstr. 10, 53 Bonn 3, Tel.: 0228/462526

Drei Monate, vom 19.6 bis 24.9, soll auf der Schwäbischen Alb, in Großengtingen ein *Friedencamp* stattfinden. Diese Aktion ist Teil der langfristigen gewaltfreien Arbeit, die in Großengtingen geleistet wird und womit versucht wird, durch Kontakte zur Bevölkerung und Soldaten und viele Veranstaltungen den Widerstand in der Region zu verankern. Kontakt und *bedingungslosste Anmeldung*: *Matthias Reusch*, Im Scherrangarten 9, 7410 Heilbrunn, Tel. 07141/45195

Am Stationierungsort des *Forshing II* in Schwäbisch Gmünd findet vom 6.8. bis 4.9. ein Camp statt. Alle Gruppen, die Interesse haben, können sich beteiligen. Kontakt: *Hermia Jantschik*, Greubweg 25, 7070 Schwäbisch Gmünd, Tel. 07141/5544

Ein *Friedencamp* in Burg Stettenfels plant die Stuttgarter Gruppe von "Ohne Rüstung Leben" in der Nähe des Atomwaffenlagers Waldheide bei Heilbronn. Es sollen drei aufeinanderfolgende Camps stattfinden, die jeweils 14 Tage dauern. Beginn: 16. Juli. Kontakt: "Ohne Rüstung Leben", Friedenscamp, Kornbergstr. 32, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/221891.

In *Baierbach*, bei Schwäbisch Hall findet vom 13.-27. August ein Camp statt. Anmeldeschluss ist der 10. Juni. Kontakt: *Stefan Philipp/Michael Thiermel*, Kreuzackerweg 5, 7170 Schwäbisch Hall, Tel.: 0791/48404.

Im August wird in *Neu-Ulm* ebenfalls ein Camp stattfinden, wenn sich noch genügend Gruppen finden, die sich an dem Camp beteiligen. Kontakt: *Christiane Ludwig*, Tel. 0741/ 64850

Für ein Camp in *Bitburg* läuft die Planung an. Kontakt: *Friedenszentrum Trier*, Palaststr. 3, 5500 Trier, Tel.: 0651/40141 Fax: 0651/40141
Vom 27.6.-10.7.83 wird ein Sommercamp in *Gorleben* stattfinden, das auch als Bildungsurlaub ausgeschrieben ist, so daß Arbeitnehmer bis zu 25 Jahren sich beteiligen können. Zur selben Zeit findet in der Nähe von *Groß-Gerau (BadHessen)* ein Camp zu den Umweltproblemen des Rhein-Main-Gebietes statt. Kontakt: *Bund Deutscher Pfadfinder, Kreisverband Gießen, Alleenstr. 4*, Tel.: 0641/7925

Mit einem internationalen Sommerlager, das vom 22.-31.7. in der Nähe *Kiel*s stattfinden soll, will der AK Chile Solidarität gegen die geplante Auslieferung zweier U-Boote an die chilenische Militärjunta protestieren. Kontakt: *Kooperation der chilenischen Linken in der BRD, D.Jordan, Sandkrug 29*, 2300 Kiel 14, Tel.: 0431/75874

Im August soll in *Nordenham* ein von dem Arbeitskreis Wesermarsch organisiertes Camp stattfinden. (zu der Funktion des Nordenhamer Hafens als Munitionsumschlagplatz vgl. am 4/83 IV) Kontakt: *HBA-Laden (L)*

FRIEDENSMÄRSCH 1983: PER PEDES UND FAHRRAD FÜR DEN FRIEDEN

Auch in diesem Sommer werden wieder etliche Märsche und Fahrten organisiert, um auf diese Weise direkter und weniger konfrontativ Informationsarbeit zu betreiben, Kontakte zu Friedensgruppen zu knüpfen, Land und Leute an den Stationierungsorten kennenzulernen oder auch direkte Aktionen an verschiedenen militärischen Objekten durchzuführen.

Eine Ausnahme stellt der 8. *Internationale Marsch für Entschärfung und Gewaltfreiheit* dar. Er findet in der Zeit vom 22.9. bis 2.10 in Brüssel statt und richtet sich gegen die Nachfolgeausstellung der Militärelektronikmesse M.E.D.E. und I.D.E.E., die unter diesem Namen in früheren Jahren aus mehreren Städten vertrieben wurde. Auf dem Widerstand gegen die jetzt "Exhibition for National Security" (ENS) getaufte Waffenmesse werden gewaltfreie Aktionen am NATO-Hauptquartier SHAPE und den Botschaften der Atommächte stattfinden. Kontakt: *Dieter Bingle*, Schichaustr. 16, 00179/192 und *Albert Knapp*, Eisenstr. 19, 0611/ 295465, beide in Frankfurt 1

Die Teilnehmer des *Walk to Moscow*, der im letzten Jahr in den USA begonnen wurde, wollen Ende Juni weiterwandern, um mit diesem Marsch "Menschen persönlich kennenzulernen, Freundschaften zu schließen und die Forderung nach Gewaltlosigkeit" auszuüben. Die Gruppe besteht nicht noch mit Polen, der DDR und UdSSR über den Weitergang. Kontakt: *Friedenszentrum Dreiländerock*, 3671 Regnitzlosau

Die Frauen für den Frieden West-Berlin haben den *Friedensmarsch* in Berlin nach Genf organisiert, bei dem mit Schweigen, Fasten, Aktionen und Protestaktionen Einfluß auf die Ergebnisse der START-Verhandlungen gewonnen werden soll. Die Frauen werden nach einer Aktion am *Generalkonsulat der USA* unter UdSSR in West-Berlin am 6.8. mit *Russen* nach Hof fahren und in Genf bis zum 17.9. mindestens eine Woche lang die Verhandlungen "umarmen".

Kontakt: *Hildegard Klimmek*, Heylstr. 5, 1 Berlin 62, 030/ 784 57 93

In der Zeit vom 15. bis 28.9. soll im belgisch-niederländisch-deutschen Grenzgebiet, der Euregio, eine *Friedenskarawane* neun ausgesuchte Orte mit NATO-Militärkomplexen besuchen, unter anderem ist ein bekannter belgischer Agitationszirkus mit von der Partie.

Kontakt: *Euregio-Arbeitsgruppen hohen Militarismus, c/o Kollektief Kampenplan*, Postbus 760, 6131 At Aitard, Niederlande

Frauen aus dem Ruhrgebiet rufen auf zu einem *Friedensmarsch* 1983 von Dortmund zum NATO-Hauptquartier in Brüssel vom 9.7. bis 6.8., bei dem nicht nur Frauen mitmachen, keine Transparente von Parteien mitgeführt und keine Flugblätter verteilt werden sollen. Am Anfang der feststehenden Route werden u.a. 50 Gewerkschafterinnen mitgehen.

Kontakt: *Friedensmarschbüro*, Bornstr. 105, 46 Dortmund 1, 0231/ 81 50 10

Ramstein: Gewaltfrei-Aktion am Tag d. offenen Tür: 7.8.
Camp in Planung: *Stefan Schooler*, Ilseplatz 9,
66 Saarbrücken, 0681/37921

BESTELLSCHEIN --- BESTELLSCHEIN --- BESTELLSCHEIN --- BESTELLSCHEIN ---BESTELLSCHEIN

Bestellungen nur **SCHRIFTLICH !!**
 Lieferung nur gegen **VORAUSBEZAHLUNG !!**

Konten: J. Leinen
Sonderkonto 'Herbstaktionen'
PschAmt Köln (BLZ 370 100 50)
Kto.Nr. 276 002 - 508
Volksbank Bonn (BLZ 380 601 86)
Kto.Nr. 1501 492 - 023

An das
 Koordinationsbüro "Herbst '83"
 Estermannstr. 179
 5300 Bonn 1

.....
 (Name)

 (Straße)

 (PLZ / Ort)

Ich / Wir bestellen:		hier nicht ausfüllen !!
AUFRUFE	0,05 DM pro Stück (Mindestabnahme 10 Ex.) Stück	
PLAKATE A 1	0,60 DM pro Stück (Mindestabnahme 10 Ex.) Stück	
BUTTON Ø 5 cm	1,50 DM pro Stück (Mindestabnahme 10 Ex.) Stück	
AUFKLEBER Ø 10 cm	1,00 DM pro Stück (Mindestabnahme 10 Ex.) Stück	
AUFRUF "Kampagne Volksbefragung"	0,05 DM pro Stück (Mindestabnahme 10 Ex.) Stück	
RUNDBRIEF Nr. 1	0,50 DM pro Stück Stück	
Pro Bestellung müssen DM 5,- Porto und Verpackung berechnen !		5,- DM

- Den Betrag von DM habe ich/wir am auf das oben angegebene Postscheckkonto /
 Bankkonto überwiesen. Scheck liegt bei !